

Sehr geehrte Mitglieder,

Datenschutz ist den Deutschen lieb. Teuer ist er auch. Die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO), die sich Politiker in Europa erdachten, hat Nebenwirkungen. Der DPB hat eine vierstellige Summe aufwenden müssen, um den technisch geforderten Standard der DSGVO in der DPB-Geschäftsstelle zu schaffen. Das ist erledigt. Refinanzierung? Fehlanzeige! Nebenwirkungen treffen aber auch ehrenamtliches Wirken. Die DSGVO ist gut geeignet dieses bürgerschaftliche Engagement zum Erliegen zu bringen. Erste Vereine beenden ihr dem Bürger dienendes Wirken. Ehrenamt verträgt sich mit dem Zwang aus Verordnungen schwer. Mit „Du musst, musst, musst ... beachten“ wird Ehrenamt eher verhindert und schon gar nicht gewonnen.

Wer ehrenamtliches Engagement in Deutschland z.B. als vierte Kraft in der gesundheitlichen Versorgung als Patientenselbsthilfeorganisation weiterhin will, sollte diese sensiblen Strukturen nicht mit überzogenen Regeln behelligen. Regeln und Vorschriften sind schwer zu verdauen, wenn man sein persönliches Engagement doch nur hergibt, damit es anderen Menschen besser geht.

Ob die positive Reaktion des Bundesgesundheitsministers Jens Spahn auf den DPB-Glückwunsch für die Übernahme des Amtes das Ehrenamt stärkt? Zumindest freue er sich, wenn der DPB ihn auf seinem „Weg in den kommenden Monaten und Jahren konstruktiv begleitet.“ Versprochen! Der DPB begleitet Gesundheitsminister Spahn gern konstruktiv im Interesse der Menschen mit Schuppenflechte. Allerdings müsste zunächst eine kommunikative Ebene geschaffen werden, um Wegstrecken des Ministers kennenzulernen. Eine solche Bewegung im Bundesgesundheitsministerium wäre für mich wirklich innovativ und neu.



Allerdings hat die Aufforderung zur Stellungnahme zum Gesetz über die Beitragsentlastung den DPB offiziell schon einmal gar nicht erreicht. Das verlief wohl im bekannten „Weiter so“ und nicht im „Wir haben verstanden.“ Ob der konstruktive DPB-Vorschlag zunächst einmal die Zuzahlungen abzuschaffen, bevor Versicherte Geld von der Krankenkasse zurückerhalten, das geneigte Auge des Ministers erreichen wird? Diese zusätzliche Belastung von Kranken wurde seinerzeit eingeführt, als die finanzielle Situation der Krankenkassen schlecht war. Das scheint mir nun anders, da Krankenkassen auch noch für die Pflegeversicherung Mittel als Sonderbelastung nur für gesetzlich Versichert bereitstellen sollen, da Steuermittel für diese gesellschaftspolitische Aufgabe nicht zur Verfügung stünden.

Ich finde bei gesetzlichen Veränderungen sollten veranlassende Politiker sich über reale Verhältnisse und mögliche Nebenwirkungen vorher im Ganzen schlau machen. Politiker schreitet zum Äußersten und bittet auch die vierte Kraft in der Versorgung, indikationsbezogene Selbsthilfeverbände, um Stellungnahmen.

Dies knüpft im Übrigen an die medizinische Versorgung der Psoriasis an, die auch das Ganze, den Menschen, im Blick haben muss. Ein guter Arzt behandelt nicht „die Psoriasis“, sondern hat den ganzen kranken Menschen in seiner Lebenswelt als Partner im Blick. Psoriasis erfordere ein langfristiges medizinisches Management.

Auch ich muss meine Psoriasis managen.

Dies gilt gerade auch im Sommer, wenn das natürliche Sonnenlicht mir meine Psoriasis zurückdrängt. Mehr Nutzen als Schaden hat dies allerdings nur, wenn ich dabei die DPB-Sonnenregeln, die Wirksamkeit von Sonnencremes und die von Textilien beachte. Auch zu diesen Themen gibt dieses PSO Magazin umfangreiche Informationen. Und treiben Sie es beim versorgenden Arzt zum Äußersten: Sprechen Sie mit ihm! Nur wenn die Kommunikation stimmt, geht es Ihnen besser. „Dem Arzt-Patienten-Gespräch wird in der modernen Medizin eine immer größere Bedeutung beigemessen.“

Der Arzt hat Ihnen mit dem Genfer Gelöbnis, der modernen Version des Hippokratischen Eids, einige grundsätzliche Versprechen gegeben. Hoffentlich ist in dieser Hinsicht der ministeriale Wunsch der konstruktiven Wegbegleitung ernst gemeint, Belastung und Stigma der Psoriasis merklich zu mindern. Ich bin gespannt, ob ich das noch als Vorstandsmitglied erlebe werde, denn ich stelle mich wieder zur Wahl.

Wovor mir graut sind die Tabubrüche der AfD, wenn diese tatsächlich ernstgemeint sein sollten, nur um öffentliche Aufmerksamkeit zu erregen, um dann als Partei aus der Täter- in die Opferrolle zu schlüpfen, weil das Klientel auf solche Events wartet. Wenn die AfD fragt. "Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Zahl der Behinderten seit 2012 entwickelt, insbesondere die durch Heirat innerhalb der Familie entstandenen?" Und außerdem noch fragt, wie viele Fälle der durch Heirat in der Familie entstandenen Behinderungen einen Migrationshintergrund hätten, ist gesellschaftlicher Brandstifter. Haben rund 14 Prozent von Deutschen aus der unruhlichen Vergangenheit noch immer keine Lehre gezogen?

Mit freundlichem Gruß

Helene Ball
Vorstandsmitglied